



SOZIALDEMOKRATISCHER PRESSEDIENST

Fernsprecher 2 09 51/52

Hannover, Georgstraße 33

P/V/82

6. April 1950

Hinweise auf den Inhalt:

Deutsche Einheit und Europarat Interview mit Dr. Schumacher	S.1
Französ. Sozialist zur deutschen Frage	S.3
Zur Koalitionsfreiheit der Polizei	S.5
Volks-Stenographie (Glosse)	S.6
Jedes Land hat sein Salzgitter Zur englischen Besatzungspolitik	S.6

Deutsche Einheit und Europarat

Der Vorsitzende der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands, Dr. Kurt Schumacher, äußerte sich in einem Interview mit unserem Mitarbeiter folgendermassen:

1. Frage: Müssen allgemeine gleiche, direkte und geheime Wahlen an der Spitze einer Politik der deutschen Einheit stehen, wie der Hohe Kommissar McCloy und die Bundesregierung verlangen?

Antwort: Die Reihenfolge der Massnahmen ist entscheidend. Allgemeine demokratische Wahlen müssen der erste Schritt zur Einigung Deutschlands sein.

Die Kommunisten legen alles darauf an, die Wahlen erst vornehmen zu lassen, wenn durch Verhandlungen und Zusammenarbeit mit ihnen alle an-

deren Parteien geschwächt worden sind und das Vertrauen beim Volk verloren haben. Nach der Einschätzung, wie sie von der Sozialdemokratie

seit 1946 und auch in den 12 Punkten zur Pariser Vierer-Konferenz der Aussenminister im Mai 1949 dargelegt worden ist, wollen die Kommunisten

allgemeine Wahlen erst zu einem späteren Zeitpunkt. Vorher möchten sie mit Hilfe der Sowjetunion ihre Macht unerschütterlich etablieren.

Daher die Heftigkeit ihrer Abwehr gegen den Vorschlag, mit den Wahlen zu beginnen.

Der Vorschlag der Bundesregierung, dass die vier Besatzungsmächte gemeinsam die Wahlordnung erlassen, ist die Anerkennung der Tatsache,

dass hier die Einigung zwischen den tatsächlichen Machthabern die Grundlage bilden muss. Der deutsche Einigungswille kann nicht durch Reden

und Verhandlungen zwischen Deutschen bewiesen werden. Er ist die selbstverständliche Voraussetzung jeder aktiven demokratischen Politik nach

dem Osten, auch für die Besatzungsmächte. Dabei ist die allein mögliche Plattform, dass die gleichen demokratischen Voraussetzungen für alle

Parteien und Personen in allen vier Besatzungszonen erst allgemeine Wahlen ermöglichen.

2. Frage: Hat die Sozialdemokratie wieder eine neue Idee zu dieser Frage beizutragen?

Antwort: Ja, die wichtigste Frage ist erst noch auf die Tagesordnung zu setzen. Der Gedanke einer Nationalversammlung ist gut. Man darf diese Nationalversammlung aber nicht auf die Aufgabe der Schaffung einer gemeinsamen Verfassung beschränken. Eine Nationalversammlung nach dem Vorbild der Frankfurter Nationalversammlung oder gar des Parlamentarischen Rates in Bonn würde nicht zum Ziele führen. Die kommende Nationalversammlung muss wie 1919 sämtliche Aufgaben des Parlaments bewältigen, von denen die Schaffung einer Verfassung nur ein, wenn auch sehr wichtiger Teil ist. Sie hat den demokratischen Willen des ganzen deutschen Volkes auszudrücken und eine entsprechende Regierung in Berlin zu bilden. Würde sie sich mit der Schaffung einer Verfassung begnügen, dann würden die Regierung in Bonn und das Regierungssurrogat in Pankow bestehen bleiben. Dabei käme Pankow in die Lage, unendlich viel mehr Macht auszuüben, als ihm nach dem Volkswillen zukäme. Von seinem Ja oder Nein wäre dann die kommende Entwicklung abhängig. Eine Nationalversammlung, die aber als komplexes deutsches Parlament auch die Regierung bildet, würde die überwältigende Kraft der Demokratie in Deutschland auch praktisch ausdrücken können. Die neue deutsche Regierung in Berlin, im Osten des Landes getragen von dem Gefühl der Befreiung von der Diktatur und im Westen als Ausdruck der nationalen Bewährung der Demokratie empfunden, wäre die einzige reale deutsche Macht, die die staatsbürgerlich und gesellschaftlich notwendige Freiheit und Gleichheit in allen Zonen Deutschlands verwirklichen könnte.

3. Frage: Wird dieser Kampf um die deutsche Einheit die europäische Zusammenarbeit beeinträchtigen?

Antwort: Ein krisenfestes und erfolgreiches Europa ist auf die Dauer nur gegeben, wenn Deutschland als Ganzes in ihm mitarbeitet. Wer

Deutschland in Europa einbauen will, der sollte wissen, dass die deutschen Bemühungen nicht aufhören werden, das geeinte Deutschland zu

seiner europäischen Aufgabe zu bringen. Wenn es Staaten gibt, die die deutsche Einheit nicht wollen, so können wir nicht an ihr Europäertum glauben. Wer als Voraussetzung der deutschen Beteiligung an der europäischen Gemeinschaft die Spaltung Deutschlands ansieht, der will nicht Europa, sondern eine privilegierte Stellung seines Landes auf Kosten Europas. Hier ist die Behandlung der Saarfrage sehr aufschlussreich und darum weitgehend bestimmend für die sozialdemokratische Politik. Europa wäre ohnmächtig, wenn es das Ergebnis einer politischen nationaler Stärkung und Schwächung wäre. Macht kann nicht das gleiche Recht für alle Völker, und der Vorteil des Augenblicke nicht die für den Bau der Zukunft nötigen Vernunft ersetzen. Auf Recht und Vernunft kann nicht verzichtet werden.

Die deutsche Sozialdemokratie hat die sichere Überzeugung, dass der Kampf um die Demokratie in Deutschland Erfolg haben, und dass die politische Europäisierung Europas trotz aller derzeitigen Hindernisse zustande kommen wird.

- o - o -

Die SPD in Watenstedt-Salzgitter

sp. Eine klare politische Linie, die sich durch keine taktischen Winkelzüge verantwortungsloser Politiker beirren lässt, forderte Bundestagsabgeordneter Karl Bielig in einem Referat vor den Funktionären der SPD des Kreises Watenstedt-Salzgitter. Die Partei werde in Zusammenarbeit mit den Gewerkschaften alles in ihren Kräften stehende tun, sagte er, um die Not der Menschen in diesem Elendsgebiet zu beheben.

Nach einer leidenschaftlichen Diskussion, die sich um die Lösung der wirtschaftlichen und politischen Probleme bemühte, nahmen die Funktionäre folgende Resolution an:

"Die Funktionärskonferenz der SPD des Kreises Watenstedt-Salzgitter lehnt eine Delegation der Ratsherren und anderer Mitglieder der SPD in die Ostzone ab. Sie erblickt in dem Vorgehen der KP lediglich ein Propagandamanöver, das auf Kosten der hungernden und unterdrückten Arbeiter der Ostzone durchgeführt werden soll. Die Funktionäre lehnen es ab, mit dem Hunger und der Not politische Geschäfte zu machen.

Die SPD wird in ihrem Kampf gegen die Demontage und in ihren Bemühungen für die Errichtung neuer Industrien in Watenstedt-Salzgitter nicht nachlassen. Gemeinsam mit den Gewerkschaften wird sie alles tun, um die Not im Gebiet Watenstedt-Salzgitter zu lindern und für Freiheit und soziale Gerechtigkeit kämpfen."

- o - o -

Ein französischer Sozialist über die deutsche Frage

Interview mit dem Abgeordneten Géraud Jouve

Géraud Jouve ist sozialistischer Abgeordneter der französischen Nationalversammlung, Berichterstatter des Auswärtigen Ausschusses für die Ruhrfrage und Mitglied des Parteivorstandes der SFIO. Vor dem Kriege war er während einiger Jahre Leiter des Berliner Büros der "Agence Havas". Er zählt daher in Frankreich zu den besten Deutschlandkennern. Er war bereit, unserem Pariser Korrespondenten auf verschiedene Fragen die folgenden zusammengefassten Antworten zu geben.

Frage: Was denken Sie über das internationale Statut der Ruhr?

Antwort: Die französischen Sozialisten sahen von Anfang an in der internationalen Ruhrautorität nichts anderes als einen ersten Versuch, die gesamte westeuropäische Schwerindustrie international zusammenzufassen. Sie sind nach wie vor bereit, das Anwendungsgebiet des Ruhrstatuts nach Frankreich, Belgien und Grossbritannien hin zu erweitern. Es muss aber festgestellt werden, dass bisher praktisch die internationale Ruhrautorität noch gar nicht besteht. Ihre Tätigkeit beschränkt sich zur Zeit auf ihre innere Organisation, ohne dass sie Gelegenheit hat, sich mit den tatsächlichen Problemen der Ruhrindustrie zu befassen. Es gelang ihr nämlich noch nicht, sich gegen die viel stärkere alliierte Hochkommission durchzusetzen. Es ist nicht ausgeschlossen, dass Frankreich in kürzester Frist die Initiative zu einem neuen alliierten Gedankenaustausch über die Ruhr ergreifen wird, um die internationale Ruhrbehörde von ihrer augenblicklichen Lähmung zu heilen.

Frage: Halten Sie die jetzige deutsche Stahlquote für ausreichend?

Antwort: Das Hauptargument Deutschlands für seine Forderung nach einer erhöhten Stahlquote ist die Bekämpfung der Arbeitslosigkeit. Man sollte aber nicht vergessen, dass zur Mehrbeschäftigung eines Arbeiters in der Stahlindustrie zehnmal mehr Investitionen erforderlich sind, als in der verarbeitenden Industrie. Ausserdem ist es nach Ansicht aller Sachverständigen vernünftiger, die Kohle zum Eisenerz zu bringen als umgekehrt. Bis zum ersten Weltkrieg spielte die Schwerindustrie in der Ruhr neben den verarbeitenden Betrieben nur eine untergeordnete Rolle.

Aber die wirtschaftlichen Erwägungen fallen nicht allein ins Gewicht. Für die Franzosen ist der Stahl ein beunruhigendes Symbol des Machtwillens. Möglicherweise handelt es sich bei dem symboli-

schen Wert des Stahles um eine Art von Fetischismus, es hat aber keinen Sinn, dagegen mit irgendwelchen Vernunftargumenten anzukämpfen. Es wäre gefährlich, den Franzosen in dieser Frage ein weiteres Gefühl der Unterlegenheit und der Benachteiligung zu lassen, da sie sonst ihre Sicherheit mit anderen Mitteln suchen werden. Meiner Ansicht nach ist die von uns für den Stahl angestrebte Lösung geeigneter, eine gesunde Entwicklung der deutsch-französischen Beziehungen zu gestatten. Die Erhöhung der deutschen Stahlquote wäre geeignet, bei dem in Frankreich herrschenden Klima diese Beziehungen auf lange Jahre hinaus zu vergiften. Es wird Aufgabe der Internationalen Ruhrbehörde sein, den jeweiligen Stahlbedarf der deutschen Wirtschaft festzusetzen. Übersteigt er 11,1 Mill. t, dann kann gegebenenfalls der Mehrbedarf von Frankreich im Rahmen der von den Regierungen kontrollierten industriellen Vereinbarungen geliefert werden. Es sollte auch nicht ausgeschlossen sein, die deutsche Stahlkapazität im Bedarfsfalle im gleichen Umfang zu erhöhen wie die Einfuhr von Rohstahl aus dem Ausland.

Frage: Ist Ihrer Ansicht nach die getroffene Lösung in der Saar zufriedenstellend?

Antwort: Die französischen Sozialisten waren von Anfang an gegen jeden Assimilationsversuch der Saarbevölkerung, und ich persönlich habe auch gegen die Errichtung einer Universität in Saarbrücken protestiert. Unserer Überzeugung nach lassen die letzten Abkommen mit der Saarregierung sehr deutlich eine Abkehr von allen annektionistischen Bestrebungen erkennen. Der von Frankreich in der Saar eingeschlagene Weg mag schwer zu verteidigen sein. Deutschland sollte sich trotzdem nicht auf die Saarfrage versteifen. Wir müssen über die Saar hinweg gemeinsam Europa schaffen. Augenblicklich lähmt das allzu verbreitete Gefühl der Machtlosigkeit die europäische Idee. Es ist nicht so, dass Europa keinen Einfluss mehr auf den Gang der Geschichte hat. Wir können immer noch grosse Aufgaben erfüllen, wie z.B. die Verwertung der afrikanischen Reichtümer und die friedlich-technische Ausnützung der Atomenergie.

Frage: Wie beurteilen Sie den Vorschlag Dr. Adenauers einer deutsch-französischen Union?

Antwort: Diesen Vorschlag kann ich keineswegs ernst nehmen. Ich habe nicht die Absicht, den guten Glauben des deutschen Bundeskanzlers

in Zweifel zu stellen, ich bedauere lediglich seine geradezu verwirrende Ungeschicklichkeit. Man müsste beinahe annehmen, er habe den Fehlschlag seiner Initiative selbst gewollt. Es ist nicht möglich, die psychologischen Gegebenheiten in dieser Form zu missachten. Gewiss, wir verstehen sehr wohl die Notwendigkeit, der deutschen Jugend wieder ein Lebensziel zu geben. Der beste Weg hierfür ist und bleibt jedoch die aufrichtige europäische Zusammenarbeit.

- 0 - 0 -

Auch Polizeibeamte sind Staatsbürger

B. Die sozialdemokratische Fraktion im Landtag von Rheinland-Pfalz hat die Frage der "Koalitionsfreiheit der Polizei" zum Gegenstand einer grossen Anfrage gemacht. Den Polizeibeamten des Landes war durch Verfügung des Polizei-Sachbearbeiters im Innenministerium, Ministerialrat Hans Krusenotto, die Teilnahmen einer Tagung der Gewerkschaft Öffentliche Dienste, Transport und Verkehr verboten worden. Krusenotto beruft sich auf eine Bestimmung der Hohen Kommissare, wonach die Polizei nicht der Verbandsteil von Gewerkschaften sein könnte. Die SPD hält dem entgegen, dass nach Art. 66 der Bundesverfassung für jedermann und alle Berufe die Vereinigungsfreiheit gewährleistet werde.

Uns scheint es, als benutze der Ministerialreferent einen durch die alliierte Anerkennung der Verfassung praktisch aufgehobenen Erlass der Hochkommissare als willkommenes Argument, um die in Deutschland soviel zitierte und noch mehr missbrauchte Überparteilichkeit staatlicher Exekutivpersonen durchzusetzen. Gerade weil wir nicht für eine partei-gegängelte Polizei sind, in der Polizei vielmehr ein auch innerlich gesichertes Organ zur Erhaltung öffentlicher Sicherheit und demokratischer Freiheit sehen wollen, müssen wir darauf bestehen, dass den einzelnen Beamten elementare Staatsbürgerrechte nicht vorenthalten werden.

Die Persönlichkeit und soziale Verantwortung bewusst unterdrückende Anonymität der Bürokratie ist eines unserer hergebrachten politischen Grundübel, das totalitären Machtansprüchen stets entgegenkommen musste. Seit 1945 versucht man daher auch in Deutschland, aus namenlosen, "nur ausführenden" Beamten - ob hinter dem Postschalter oder im Wohnungsamt - Individuen mit einer gesellschaftlichen Aufgabe zu machen. Und das scheint uns bei einem fast militärisch straff aufgebauten Organismus, wie der Polizei, besonders wichtig. Im krassen Gegensatz dazu aber steht der Versuch, der Polizei das Koalitionsrecht abzusprechen zu wollen, und dem einzelnen so das Recht auf freie Entscheidung zu nehmen.

- 0 - 0 -

Volks - Stenographie

ep. "Ein wesentlicher Faktor bei den Bestrebungen, die Leistung im Büro zu steigern, ist die Stenographie". Das können kurzschriftbeflissene Leser in den ostzonalen Zeitungen lesen und die Stenotypistinnen erfahren so, wo sie den Hennecke-Hebel ansetzen müssen, um ihren Beitrag zum Zweijahresplan zu leisten. Damit die Stenotypistinnen sich auch nicht irren, hat ihnen der "Stenolehrer" (in der Kürze liegt die Würze) Strutz in der Magdeburger "Volksstimme" die "neuesten Kürzungen" aufgezeichnet. Es sind, wie jedermann zugeben wird, die Ausdrücke, die im Geschäfts- und Büroleben den breitesten Raum einnehmen, und zwar: Aktivist, Blockpolitik, Demokratie, Diskussion, Funktionär, Interzonenabkommen, Marxismus, Verbesserungsvorschlag, Verfassung, Zweijahrplan. Das sind, um bei der gleichen Terminologie zu bleiben, die gebräuchlichsten Sigel der Volks-Stenographie.

- o - o -

Jedes Land hat sein Salzgitter

-dt. In beschwörendem Ton hat vor wenigen Tagen der Oberbürgermeister von Kiel die englische Demilitarisierungskommission gebeten, das Ostufer des Kieler Hafens freizugeben, damit die wirtschaftlich bedrängte Stadt dort neue Industrien ansiedeln kann. Warum der Kieler Oberbürgermeister so eindringlich bat, das sind die gesprengten Werften, Hellinge und Kaianlagen der früheren Kieler Industrie, also Trümmer und das sie umgebende Wasser. Aber die englische Demilitarisierungskommission, die ihren Willen bei den Industrieanlagen durchgesetzt hat, hält die Hand schwer auch auf den Trümmern.

Kiel hat sein Ostufer, Hamburg seinen Elbtunnel "Elbe 17", Niedersachsen seine "Reichswerke". So hat jedes Land sein Salzgitter, hat jedes Land einen Wallfahrtsort, an dem sich der Nationalismus entzünden kann, der von links und der von rechts. In dem einen Fall ist es das Salzwasser, womit man die englische Hartnäckigkeit zu erklären versucht, im anderen die Nähe des Eisernen Vorhangs und die unselige Verknüpfung des Namens Göring mit den Werken, die Stück für Stück demontiert oder gesprengt werden.

Die Engländer haben einen Ruf zu vergeben, den Ruf, gute Völkerpsychologen zu sein. Ein guter Psychologe ist meist auch ein

guter Politiker. Sicherlich haben die Engländer nicht zuletzt dieser Eigenschaft den jahrhundertelangen Bestand des Empires zu verdanken. Aber sind wir Deutsche nur deshalb dieser Meinung, weil wir die Engländer bisher aus der Entfernung gekannt haben? Ist unser Urteil nun falsch, weil wir jetzt die Auswirkungen englischer Besatzungspolitik am eigenen Leibe spüren?

McCloy selbst gibt uns recht, wenn auch indirekt. In einem Schreiben an die Reichswerke Salzgitter sagt er u.a., "dass die Zerstörung gewisser Gebäude der Reichswerke aufgrund einer einseitigen Entscheidung des Hohen Kommissars des Vereinigten Königreichs unternommen wird". Und der französische Hohe Kommissar Francois-Poncet verpflichtet sich, den von den Engländern nicht bewilligten Hochofen V zu retten, wenn die Verhandlungen der französischen Autofirma Renault über die Errichtung eines Filialbetriebes in Salzgitter Erfolg haben. Man kann also auch als Nichtdeutscher die verschiedenen Salzgitter in den deutschen Ländern mit anderen als mit englischen Augen betrachten. Aber Mr. Bevin hat in der vergangenen Woche selbst im Unterhaus gesagt, woran es liegt. Er hat nicht vergessen, hat er wörtlich erklärt und wir möchten hinzufügen, er hat auch nichts dazugelernt.

In normalen Zeiten wäre es die Politik des Siegers, die hier demonstriert wird. Aber wir leben nicht in normalen Zeiten. Wir leben, wenn wir McCloy glauben sollen, zwischen zwei Kriegen. Wenn Mr. Bevin daran zweifelt, mag er sich den Brief des Arbeitsdirektors der Reichswerke Salzgitter geben lassen, in dem darauf verwiesen wird, dass die russische Propaganda in den Kalten Krieg bereits die Kinder notleidender Arbeiter aus Salzgitter einbezieht. Läge Kiel so nahe an der Ostgrenze wie Salzgitter, dann würden auch die Kieler Kinder in den Kalten Krieg einbezogen werden. So spüren sie vorläufig nur die Auswirkungen einer im Jahre 1950 unverständlichen Besatzungspolitik.

- o - o -